

GEMEINSAMER ANTRAG

**Der Kreistag
Fraktionsgeschäftsstelle**

FW-Antrag-Nr.: **FW_AG/0029/2019**

Mitarbeiterin / Mitarbeiter
Karin Linhart

Gelnhausen, 26.03.2019

Beratungsfolge	Termin	Beratungsart
Kreistag des Main-Kinzig-Kreises	29.03.2019	Entscheidung

Resolution – Solidarität mit den Beschäftigten bei Goodyear Dunlop an den Standorten Hanau und Fulda

Der Kreistag beschließt den Gemeinsamen Antrag der Fraktionen



1. Der Kreistag des Main-Kinzig-Kreises zeigt sich solidarisch mit den Beschäftigten bei Goodyear Dunlop an den Standorten Hanau und Fulda. Der Kreistag sichert den betroffenen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern sowie dem Betriebsrat seine Unterstützung zu.
2. Der hauptamtliche Kreisausschuss wird beauftragt das Gespräch mit der Geschäftsleitung zu suchen. Ziel soll sein, dass die Unternehmensleitung gemeinsam mit Arbeitnehmervertretern und Gewerkschaft einen Sozialplan erarbeitet, der sowohl ein für die Belegschaft sozialverträgliches als auch ein zukunftsfestes Ergebnis für beide Standorte sicherstellt.

Begründung:

Der Reifenhersteller Goodyear Dunlop hat angekündigt, im Zeitraum von 2020 bis 2022 insgesamt 1.100 Stellen abzubauen. 610 Arbeitsplätze am Stammsitz Hanau und 490 Arbeitsplätze am Standort Fulda sind nach Auskunft des Unternehmens in den nächsten drei Jahren betroffen. Ursache für den Stellenabbau ist Entscheidung des Konzerns, die Produktion für rückläufige, weniger profitable Segmente des Reifenmarktes zu kürzen.

Gleichzeitig kündigt der US-Konzern an, 106 Millionen Euro in die Modernisierung beider Werke zu investieren und diese damit in die Lage zu versetzen, sich auf eine automatisierte Produktion von PKW-Reifen des Premiumsegments zu konzentrieren.

zum Antrag **Gem_AG/0029/2019** vom 26.03.2019.

Betr.: Resolution – Solidarität mit den Beschäftigten bei Goodyear Dunlop an den Standorten Hanau und Fulda

Investitionen in die Modernisierung und Zukunftsfähigkeit von Unternehmen sind grundsätzlich zu begrüßen. Gehen diese jedoch mit einem so enormen Stellenabbau einher, ist es zwingend notwendig, mit den betroffenen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern respektvoll umzugehen und den Personalabbau sozialverträglich zu gestalten. Dabei soll die Kreisspitze die Belegschaft gemeinsam mit den Arbeitnehmervertretern unterstützen.